

Hochheimer Stadtanzeiger

Neuer
Amtliches Organ
d. Stadt Hochheim



Erhalt: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illust. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreis, Hochheim, Telefon 88. Geschäftsstelle in Hochheim: Rosenheimerstr. 28, Telefon

Anzeigen: kosten die 6-gespaltene Beitzelle oder deren Raum 12 Bogen, auswärts 15 Bg., Reklamen die 6-gespaltene Beitzelle 30 Bg., Bezugspreis monatlich 0.95 RM. Postfachkonto 108 67 Frankfurt am Main.

Nummer 81

Dienstag, den 12. Juli 1932

9. Jahrgang

Reichskabinett einmütig für Lausanne

„Kein anderer Weg kann beschritten werden.“ — Der Reichskanzler vor der Presse.

Berlin, 11. Juli.

In der Kabinettsitzung erstattete der Reichskanzler einen eingehenden Bericht über den Verlauf und das Ergebnis der Konferenz von Lausanne. Der Reichsminister des Innern sprach im Namen der in Berlin zurückgebliebenen Mitglieder des Reichskabinetts dem Reichskanzler und den übrigen Mitgliedern der Delegation den herzlichsten Dank für die geleistete Arbeit aus. Die anschließende Beratung ergab die völlige Einmütigkeit des Reichskabinetts.

In einer Pressekonferenz kündigte der Reichskanzler an, daß es jetzt darauf ankomme, durch innere Maßnahmen, die die Reichsregierung von sich aus unverzüglich ergreifen werde, das moralische Ergebnis des Lausanner Vertrages auf die Elemente der deutschen Wirtschaft zu übertragen. Das Kabinett sei einmütig der Ansicht, daß kein anderer Weg von uns beschritten werden könne.

Aus maßgebenden Kreisen verlautet, daß Herricks angebliche Erklärung, daß im Falle einer Ratifizierung des Lausanner Abkommens der Youngplan wieder in Kraft trete, mit den Vereinbarungen in Widerspruch steht. Bis zur vollzogenen Ratifizierung treten die Uebergangsbestimmungen in Kraft, die keinerlei deutschen Zahlungen mehr vorsehen. Ratifiziert einer der sechs Unterzeichnerstaaten den Vertrag nicht, so würde, nach einer ausdrücklichen Erklärung Macdonalds, eine neue Konferenz stattfinden.

Von maßgebender Seite wird im übrigen zu den Presse-Äußerungen, daß Brüning an seinem entschiedenen „Nein“ festgehalten hätte und weniger nachgiebig gewesen wäre, erklärt, daß noch keine Konferenz international so schlecht vorbereitet gewesen wäre, wie die Lausanner. Erst während der Konferenz hätten sich unter dem Druck Frankreichs die Gläubigermächte auf eine Abschlußforderung an Deutschland geeinigt und zwar im Höhe von acht Milliarden. Man sei dann erst allmählich auf vier Milliarden heruntergekommen. Man hält es für höchst zweifelhaft, ob Brüning mit einem besseren Ergebnis aus Lausanne heimgekehrt wäre.

Der Kanzler über das Ergebnis.

Erklärungen vor der deutschen Presse.

Bei dem Empfang der deutschen Presse verbreitete Reichskanzler von Papen sich noch einmal ausführlich über Einzelheiten der Lausanner Konferenz. Mit allem Nachdruck unterstrich der Kanzler seinen grundsätzlichen Standpunkt,

daß die Entscheidung über eine endgültige Regelung der Reparationsfrage oder ein Scheiternlassen der Konferenz mit allen seinen Folgen einer weiteren Vertagung der Weltwirtschaftskrise und damit einer weiteren Einengung der Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes niemals von innerpolitischen Erwägungen aus getroffen werden konnte.

Dafür konnten vielmehr nur Erwägungen maßgebend sein, die die Gesamtlage des deutschen Volkes betreffen. Es ist ja nicht so gewesen, fuhr der Reichskanzler fort, wie das die deutsche Öffentlichkeit seit langem angenommen hat, als ob wir etwa 100 Meter vor dem Ziele einer Lösung gestanden hätten.

Die einen glatten Strich durch unsere doch vor zwei Jahren feierlich gegebene Unterschrift zur Leistung von über 35 Milliarden, mit einer jährlichen Zahlung von fast zwei Milliarden bedeuteten.

Beweis haben die Verhandlungen ergeben, daß dieser vor zwei Jahren von uns unterschriebene Vertrag unerfüllbar ist, aber ebensowenig, wie wir mit einem einseitigen Abbruch die von früheren Regierungen seit 1918 abgegebenen Unterschriften löschen können, ebensowenig war dies mit den feierlichen Verpflichtungen möglich, die von den damals regierenden Parteien im Namen des deutschen Volkes eingegangen sind. Die heutige Regierung hatte einfach eine Lage zu liquidieren, die von allen früheren Regierungen seit der Unterschrift unter den Versailler Vertrag geschaffen worden ist.

Die Frage, ob diese Lage dadurch liquidiert werden konnte, daß Deutschland die Gültigkeit seiner Unterschrift in Abrede und sich damit gleichsam außerhalb der für Kultur- und Rechtsstaaten geltenden Normen stellte, muß ich mit einem glatten Nein beantworten.

Also blieb für ein großes Volk von Weltachtung nur der Weg von Verhandlungen aufgrund tatsächlicher festgestellter Begebenheiten. Wir glauben, daß wir auf diesem Wege ein Resultat erzielt haben, das allerdings einen sehr großen Fortschritt bedeutet.

Der Reichskanzler unterstrich weiter, daß die Durchführung der Lösung von Lausanne eine wirtschaftliche Gesundung Deutschlands und der Welt geradezu zur Voraussetzung hat. Nach den Befundungen der Sachleute sei es höchst zweifelhaft, ob es gelingen werde, die Bonds

Die Arbeitsdienstpflcht kommt!

Die Reichsregierung beginnt die Beratung des „Aufbauprogramms“.

Berlin, 11. Juli. In der morgigen Sitzung des Reichskabinetts soll bereits die Beratung des sogenannten Aufbauprogramms beginnen. Der Kanzler, der am Mittwoch nach Neudorf reist, wird den Reichspräsidenten neben der Berichterstattung über Lausanne auch bereits in großen Zügen über diese Pläne der Reichsregierung unterrichten. Man rech-

net damit, daß die neue Notverordnung mit dem Aufbauprogramm noch vor den Wahlen erlassen wird. Geplant ist eine Arbeitsdienstpflcht, die über den Charakter des Freiwilligen Arbeitsdienstes hinausgeht, weiter die Heranziehung und Beschäftigung der jugendlichen Arbeitslosen in Sportorganisationen und die Förderung der Siedlungsfrage.

im Betrage von drei Milliarden zu den vorgeschlagenen Bedingungen in dem vorgesehenen Zeitraum von 12 Jahren auf dem Weltmarkt unterzubringen. Wenn das aber doch gelingen sollte, so bedeute das, daß Deutschland sein finanzielles und wirtschaftliches Gleichgewicht in jeder Beziehung völlig wiedergewonnen hat.

Weiter wies der Reichskanzler darauf hin, daß mit dem Youngplan auch das vielerörterte Kapitel gefallen ist, das sich mit der Sanktionsfrage befaßt. Wäre es in Lausanne zu einem Mißerfolg gekommen, so hätten wir doch die Verpflichtungen aus dem Hooverjahr abzutragen gehabt, und zwar zehn Jahre lang 190 Millionen. Diese gesetzliche Verpflichtung wäre bei einem Scheitern der Konferenz ohne weiteres in Kraft getreten.

Die politischen Forderungen.

Von den finanziellen Fragen kam der Reichskanzler auch auf die politischen Forderungen zu sprechen, deren Verquickung mit dem Reparationsproblem man der deutschen Delegation vorgeworfen habe. Hierzu stellte Reichskanzler von Papen fest: Wäre es möglich gewesen, bei der letzten internationalen Konferenz, die sich mit der endgültigen Beseitigung des Systems der Reparationen befaßte, nicht auch zugleich die Fragen anzuschneiden, die die moralische Voraussetzung unserer ehemaligen Feinde für die Auferlegung der ganzen Tributlastung und Diskrimination für Deutschland gewesen sind? Es ist doch selbstverständlich, daß mit den Reparationen auch ihr moralischer Vorwand beseitigt werden muß. Auch jede anders zusammengesetzte deutsche Delegation hätte einen solchen Versuch machen müssen. Dabei bin ich selbstverständlich mit Ihnen der Ansicht, daß die Kriegsschuldfrage als solche von der historischen Forschung bereits soweit vorangetrieben ist, daß sie für uns in absolut positivem Sinne entschieden ist. Es wäre doch ein weiterer Schritt in der Fortnahme der Diskriminationen gewesen, wenn der Artikel 231

wie uns von einer Reihe von Ländern zugesagt worden war,

mit Teil 8 als gestrichen zu betrachten wäre. Man weiß, welche Hindernisse dieser Möglichkeit in letzter Stunde entgegen gestellt worden sind. Für uns ist mit dem Fortfall des Teiles 8 auch dieser Artikel gestrichen. Aber es ist in Lausanne doch auch erreicht worden, daß eine der großen Mächte, (gemeint ist England, D. Red.) mit denen wir verhandelt haben, wiederholt und unmißverständlich die Berechtigung des deutschen Standpunktes anerkannt hat.

Der Kanzler gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß aufgrund der Annäherung auch auf dem Gebiete der Gleichheit der Rechte in der Wehrfrage in Genf Resultate erzielt werden können, die im Interesse der deutschen Nation unter allen Umständen erzielt werden müssen.

Es sei klar, daß das Ergebnis von Lausanne, das in der Presse der Welt als ein Strich unter das Kapitel des Krieges und als Beginn einer neuen Ära anerkannt wird, in Deutschland durch die politischen Bedürfnisse des Wahltampfes stark verzerrt wird.

Der Kanzler erklärte zum Schluß: „Das Reichskabinett ist einmütig der Ansicht, daß kein anderer Weg von uns beschritten werden könne.“

Die wirtschaftlichen Auswirkungen.

Im Anschluß an die Ausführungen des Reichskanzlers erläuterte Reichswirtschaftsminister Professor Barmbold die wirtschaftlichen Auswirkungen des Lausanner Abkommens. Der Minister wies einleitend darauf hin, daß die Reichsregierung der gesetzlich eingegangenen Verpflichtung gegenüberstand, mit 10 Annuitäten von je 190 Millionen ab 1. Juli 1933 das Hoover-moratorium abzulösen. Diese unbedingte Verpflichtung ist durch das Lausanner Abkommen in eine bedingte Verpflichtung umgewandelt worden, die zuvor aber noch eine dreijährige Schonfrist vorsieht und die Emission der 5prozentigen Bonds nur dann zuläßt, wenn der deutsche Kredit eine solche Emission tragen kann. Zahlmäßig würde ein Vergleich zwischen den Nachzahlungen aus dem Hooverjahr und den Zahlungen aus dem Lausanner Abkommen etwa folgendermaßen aussehen:

Angenommen am 1. Juli 1935 ist eine Emission von 400 Millionen möglich, so würden als erste Belastung am 1. Juli 1936 5 Prozent Zinsen plus 1 Prozent Amortisa-

tion, das sind 24 Millionen fällig sein. Nach den Vereinbarungen bei Abbruch des Hooverjahres würden aber bis zum 1. Juli 1936 bereits 465 Millionen fällig werden.

Drei Mark oder 3 Milliarden?

Hitler über den Vertrag in Lausanne.

Berchtesgaden, 11. Juli. Im Rahmen des in Berchtesgaden von der NSDAP. veranstalteten großen Deutschen Tages hielt Hitler eine Rede, in der er einen scharfen Trennungsstrich zwischen der NSDAP. und der Regierung von Papen zog.

Er kam dabei auch auf den neuen Vertrag von Lausanne zu sprechen. Er erklärte, dieser Vertrag, der eine Belastung des deutschen Volkes mit drei Milliarden bringe, werde in sechs Monaten nicht mehr als drei Mark wert sein.

Wieviel noch?

Die Art der Zahlung, die Deutschland noch zu leisten sich bereit erklärt hat, ist nicht ganz so einfach, daß sie vom Volke ohne weiteres verstanden würde. Es handelt sich ja nicht um eine glatte, klare Summe, die nun auf den Tisch des Hauses gelegt werden muß, noch etwa um bestimmte Jahresraten, die wir eine begrenzte Zeit hindurch zu entrichten haben. Deutschland zahlt in Schuldverschreibungen, in Bonds, wie man auf dem internationalen Kapitalmarkt sagt, also in Papieren, die später einmal an den Börsen gehandelt werden sollen. Die deutsche Regierung stellt solche Schuldverschreibungen in einer ziffermäßigen Höhe von drei Milliarden Mark aus, die frühestens drei Jahre nach der Ratifizierung des Lausanner Abkommens begeben, das heißt auf den Effektenmarkt gebracht werden können, und nach weiteren 12 Jahren vernichtet werden, falls bis dahin die Unterbringung zu einem Kurs von 90 vom Hundert oder zu einem von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel mit Zweidrittelmehrheit festzusetzenden niedrigeren Kurs nicht möglich gewesen ist.

Was hat Deutschland nun denn eigentlich in Wirklichkeit zu zahlen, vorausgesetzt natürlich, daß das Lausanner Abkommen von allen beteiligten Staaten ratifiziert wird und in Kraft tritt? Die Antwort ist nicht mit einem einzigen Satz zu geben. Nominell sind es 3 Milliarden Mark. Da sie aber höchstens zu einem Kurs von 90 vom Hundert ausgegeben werden dürfen, kommt man von vornherein nur auf 2,7 Milliarden. Nun gibt es infolge der Klauseln des Abkommens, die auf die wirtschaftliche Lage und Entwicklung Deutschlands Rücksicht nehmen, jedoch eine Reihe von Möglichkeiten, bei denen Deutschland besser wegkommen kann. Der aller günstigste, praktisch aber kaum eintretende Fall ist der, daß es der WZ. überhaupt nicht gelingt, die Bonds zu einem Kurs von 90 Proz. innerhalb von 15 Jahren unterzubringen und auch eine Zweidrittelmehrheit für die Ausgabe zu einem niedrigeren Kurs zu erreichen. Dann würden die drei Milliarden einfach verfallen, Deutschland hätte überhaupt nichts zu zahlen, auch keine Zinsen. Denn die Verzinsung beginnt erst vom Tage der Begebung an. So weit werden die Gläubiger, vor allem Frankreich, es sicher nicht kommen lassen. Sie würden einfach die ganze Emission zu einem Kurs von 90 übernehmen und dadurch den Beginn der Zinsen- und Tilgungszahlungen Deutschlands erzwingen. Auch sonst sind mancherlei Manipulationen möglich, um einen Verfall der Obligationen zu verhindern.

Ein anderer möglicher Fall ist der, daß die drei Milliarden Schuldverschreibungen sämtlich am letzten Tage der Verfallfrist begeben werden, dann hätten sie, mit 5 Prozent vordiskontiert, einen Gegenwartswert von rund 1,4 Milliarden. Man kann auch den mittleren Fall sehen, daß die drei Milliarden nach Ablauf der Schonfrist von 12 Jahren mit je 250 Milliarden jährlich untergebracht werden können, dann berechnet sich der Gegenwartswert auf 1,9 Milliarden. Die für Deutschland ungünstigste Möglichkeit ist, daß die gesamten drei Milliarden mit einem Schlag nach Ablauf der dreijährigen Schonfrist platziert werden können. In diesem, jedoch ganz ungewöhnlichen Falle müßten wir unter Annahme eines Diskonts von 5 Prozent rund 2,6 Milliarden heute hinlegen, sie mit 5 Prozent verzinsen lassen, um die drei Milliarden nach drei Jahren einlösen zu können. Es ist aber kaum denkbar, daß es soweit kommt. Wie man sieht, sind die in Lausanne festzulegenden drei Milliarden

eine durchaus elastische Zahl, die jedoch nie über einen Gesamtbetrag von 2,7 Milliarden hinausgehen kann, nach unten jedoch, also zugunsten Deutschlands, Spielraum läßt. Manches hängt von dem Verwaltungsrat der B. I. Z. ab. Dieser besteht zurzeit aus 19 ordentlichen Mitgliedern, nämlich aus drei Deutschen, zwei Neutralen, drei Amerikanern und 11 Militierten. Es müßten also mindestens 13 Mitglieder dafür stimmen, wenn die deutschen Schuldverschreibungen zu einem geringeren Kurs als 90 ausgeben werden sollen, sofern der Verwaltungsrat den deutschen Kredit als wiederhergestellt ansieht.

Die durch das Hooverjahr aufgeschobene Jahreszahlung ist in den drei Milliarden einbegriffen. Wäre man in Lausanne nicht zu einer Vereinbarung gekommen, so hätten wir wenigstens den gestundeten Betrag von 1,6 Milliarden ab 1933/34 in zehn Jahresraten von etwa 190 Millionen unbedingt zahlen müssen. Es ist also nicht richtig, die ganzen übernommenen drei Milliarden nunmehr als eine freiwillige Abschlußzahlung zu bezeichnen. Der Lausanner Vertrag erstreckt sich jedoch nicht auf einige alte Verpflichtungen, die wir früher schon übernommen hatten. Das gilt vor allem für den Zinsen- und Tilgungsdienst aus der Dawes- und Younganleihe mit zusammen etwa 170 Millionen, die aber in späteren Jahren auf einen geringeren Betrag absinken. Weiter haben wir an Amerika zu zahlen: die sogenannten "Mixed claims", die bis 1931 laufen und jährlich etwa 40,8 Millionen betragen. Es handelt sich hierbei um die Abgeltung von Verlusten, die amerikanischen Bürgern durch deutsche Kriegstaten während der amerikanischen Neutralität entstanden sind, wie z. B. die Entschädigungsansprüche der Fahrgäste von einem deutschen U-Boot versenkten Dampfers "Lusitania". Schließlich laufen bis 1966 jährlich noch 25 Millionen Mark für amerikanische Besatzungskosten. Weiter belasten uns die Zahlungen der belgischen Markabsfindung, d. h. für die während der Besatzung ausgegebenen deutschen Geldscheine, wofür wir im laufenden Jahr 21,5 Millionen Mark und vom nächsten Jahr an 26 Millionen jährlich einstellen müssen.

Die Hypothek des Youngplanes mit einem Gegenwartswert von 35,5 Milliarden Mark ist 13 Jahre nach Verfall erloschen, 2 Jahre nach ihrer Festsetzung in Haag. Der Leidensweg der Reparationen ist zu Ende. Zahlen werden wir das, was uns noch zu zahlen bleibt, nur noch unter der Voraussetzung, daß unser Kredit sich wesentlich gefestigt hat. Rein wirtschaftlich betrachtet ist dieses Ergebnis nicht unbefriedigend. Das erkennt auch der gewiß nüchtern und sachlich denkende Reichsbankpräsident Dr. Luthardt an, der in Kiel im Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der dortigen Universität über das Ergebnis der Lausanner Konferenz sprach. Er erklärte, daß die deutschen Vertreter das Bestmögliche herausgeholt hätten. Wenn die Erörterungen in Lausanne abgebrochen wären, wäre für Deutschland nach seiner Meinung eine außerordentlich ernste Lage entstanden.

Das sind ja auch die Gründe, die den Reichskanzler zur Annahme bewogen haben. Und nicht nur der Kanzler allein. In seiner Erklärung am Montag hat er verkündet, daß die gesamte Reichsregierung das Ergebnis von Lausanne einstimmig gebilligt hat. Das wird jedoch nicht hindern, daß um den Lausanner Vertrag bis zu seiner Ratifizierung — falls eine solche im neuen Reichstag überhaupt eine Mehrheit findet — noch heftige Meinungskämpfe ausgefochten werden.

Lokales

Soßheim a. M., der 12. Juli 1932

—r. Namenstagfeier. Am vergangenen Sonntag abend fanden sich die Mitglieder des „Marienvereins“ und der „Marienischen Kongregation“ mit denen des „Muttervereins“ im großen Saale des Vereinshauses zusammen, um gemeinsam den Namenstag ihres Präses, Herrn Pfarrer Herborn, feierlich zu begehen. Zu der Veranstaltung fanden sich auch mehrere geladene Gäste ein. Die Vereinschweiser hatte ein gut ausgewähltes Programm zusammengestellt. Das selbe umfaßte Lieder, Deklamationen und drei dramatische Einakter, die einen köstlichen Humor atmeten und großen Beifall fanden. Das selbe gilt von dem gelungenen „Einspiel“. Ein Redner des Tages gedachte der Verdienste des

Opium

Roman von Oskar L. Schweriner.

21)

(Nachdr. verb.)

Am Missionshaus ging's vorbei, durch Center, die Adlerstreet, hinein in Hooper Street. Man hatte unterwegs keinen Bekannten getroffen. Und jetzt standen sie vor einer Aneipe. „Hier ist's, Lehrerin“, flüsterte Fu-Wang. Man sanft, aber bestimmt durch den Eingang stehend. Man trat auch ein. Hinter der Bar saß ein Chinese. Im Hintergrund stand eine Tonne und daneben war eine offene Kellertür, auf die Fu-Wang zuing. „Hier unten wohnt Sam-Li“, sagte er. „Komm.“ Man war bis an die Tür getreten und blickte hinunter. Unten schimmerte Licht. „Kann Sam-Li nicht hinaufkommen?“ „Haben Lehrerin Angst?“ antwortet Fu-Wang mit einer Gegenfrage. „Brauchen nicht Angst haben; ich bleibe bei Ihnen.“

Es war wohl eine zweifelhafte Empfehlung; aber das Wort Angst hatte auf Man gewirkt, wie ein rotes Tuch auf einen Stier. Nein, sie hatte keine Angst!

Und ihren kleinen Revolver unter dem Mantel aus der Tasche nehmend und fest mit der Hand umspannend, schubte sie die Türe auf.

„Gehe voraus, Fu-Wang, ich folge!“

Fu-Wang ging die Treppe hinab, Man folgte. Auf der vorletzten Stufe hörte sie plötzlich einen Knall über ihren Kopf.

Erschrocken blickte sie empor. Die Kellertür war zugefallen oder zugeworfen worden.

Da wurde ihr doch angst. Sie wollte zurück. Aber in demselben Moment wurde es finster um sie herum. Die blicklichen Gasflämmchen in Sing-Fus Keller waren plötzlich erloschen.



Feierliche Unterzeichnung des Lausanner Vertrages

Deutschlands Außenminister von Neurath unterschreibt

Herrn Präses um die versammelten weiblichen Vereine, staltete ihm in deren Namen den Dank ab und gab auch bereits schon Ausblick auf die bevorstehenden Festtage des 200jährigen Kirchenjubiläums und des 75jährigen Jubiläums der hiesigen katholischen Krankenschwestern-Station. Als Namenstagsgeschenk überreichte der Marienverein für die Bedürfnisse der Kirche vier Ministeriantentücher, angefertigt von den Mitgliedern des Vorstandes, die von unseren jugendlichen Mädchen mit Freude und Stolz getragen werden dürfen. Auch der musikalischen Darbietungen der Vortengruppe sei anerkennend gedacht. Zum Schluß dankte der Gefeierte für die ihm bereite Ehrung und versprach auch weiterhin in seinem Amte als Verwalter über kostbare Menschenleben auch im Hinblick auf die weiblichen Vereine der Kirchengemeinde wirken zu wollen.

— Schützt die Fledermäuse. An warmen Sommerabenden sieht man hin und wieder einmal Fledermäuse durch die Dämmerung streichen. Diese kleinen Raubtiere erregen bei abergläubischen Menschen Furcht und Entsetzen. Man vernichtet sie und ihre Schlafstätten, weil man der törichtesten Anschauung huldigt, sie saugten Menschen und Tieren nächtlicherweise das Blut. Das ist aber nicht der Fall. Die Fledermaus ist ein ausgemachter Feind aller schädlichen Insekten, insbesondere auch der gefährlichen Motten, der Mäuse und der lästigen Stechmücken oder Schnaken. Sie leistet also den Menschen wertvolle Dienste. Darum soll man sie auch nicht verfolgen und töten.

— Belämpft Natur- und Wildfrevel! Teils aus Unkenntnis, teils aus Unachtsamkeit, vielfach aber mit Absicht, wird noch mancher Natur- und Wildfrevel begangen. Das Ausnehmen von Gehegen jagdbarer und nicht jagdbarer Vögel, vor allem von Hasen und Rebhühnern, das Belästigen oder gar Mitnehmen von Rehkühen und Junghasen kommt immer noch vor und verursacht schweren volkswirtschaftlichen Schaden. Vielfach wird dabei, wenn es sich um Rehkühen handelt, angenommen, daß diese, wenn die Rinde nicht zugegen ist, dem Verhungern preisgegeben sind. Das ist unzutreffend. Gerade in den ersten Wochen nach der Sehzzeit läßt die Rinde das Reh bei Annäherung von Menschen ruhig in der Wiese liegen, da ihr das kleine, noch unbeholte Geschöpf nicht schnell genug folgen kann. Sobald aber keine Gefahr mehr besteht, nimmt die Rinde das Reh sofort wieder an sich und bringt es in Sicherheit. Ebenso verhält sich Rotwild.

— Unterrichtsvortrag. Am vergangenen Montag vor-mittag fanden sich bei der hiesigen Schule zwei Bewohner des fernen Afrika ein, Joseph Brown aus Togo und William Söner aus Liberia, die der im Hofe versammelten

Jugend in verhältnismäßig gutem Deutsch Vorträge hielten über ihre zum Teil noch unerforschte heisse Heimat. Hierbei gaben sie anschauliche Schilderungen über ihre Leute, die soweit sie im Innern des Landes wohnen, von der Kultur noch wenig oder überhaupt nicht berührt sind. Hier aus sehen die beiden Afrikaner ihren Weg per Automobil fort nach Eddersheim.

Der Sommer-Speisezettel.

Die Anpassung der Kost an die Jahreszeit ist ein sehr verständliches Erfordernis jeder gesunden und zweckmäßigen Ernährung. Das gilt vor allem auch für den Sommer, in dem uns die Natur in Gestalt von Gemüse, Obst, Kartoffeln, von Milch, Butter, Eiern und Käse beinahe vollwertige und verhältnismäßig billige Nahrungsmittel bietet. Diese sollten daher im Rahmensezettel der Sommerzeit eine ausschlaggebende Rolle spielen. Eiweiß und Fett dagegen können in der Sommerzeit etwas zurücktreten. Eine warme Aufenthaltstemperatur läßt uns ja schon rein physiologisch im Sommer gegen größere Mengen Fleisch oder eine Abneigung empfinden. Letztere hat ihren Ursprung in der Tatsache, daß Fleisch und Fett im Körper in erheblicher Maße Wärme erzeugen, und daß wir so die Sommerhitze daher noch unangenehmer empfinden. Unter ihrem Einfluß sind Fleisch und Fett leicht der Verderbnis ausgesetzt, man nicht etwa durch Aufbewahrung in einem Eisschrank, sondern durch sonstiges Kühlen der Speisen entsprechende Vorkehrungen treffen kann.

Ein falsches Vorurteil ist es, daß man im Sommer keinen Fisch essen soll. Fischfleisch und besonders ist leicht verdaulich und erzeugt daher weniger innere Wärme. Auch wird beim Fisch, dessen leichte Verdaulichkeit bekannt ist, auf das Abkühlen während des Transportes und im Laden stets besondere Sorgfalt verwendet, und wer es außerdem zur Regel macht, den Fisch möglichst bald nach dem Einlauf zuzubereiten und zu verzehren, der braucht vor Vergiftungen nicht bange zu sein. Eine Fischvergiftung in engerem Sinne gibt es in Deutschland nicht, sondern es handelt sich in Fällen, bei denen nach dem Genuß verdorbener Fische Krankheitserscheinungen auftreten, stets um dieselben durch Fäulnis- oder andere Bakterien hervorgerufenen Erkrankungen, wie bei Vergiftungen durch andere Nahrungsmittel.

Im übrigen mache man es sich zur Regel, im Sommer von allen Nahrungsmitteln stets nur soviel einzukaufen, als voraussichtlich am gleichen Tage verzehrt wird. Das Verwahren und Weiterverwenden von Resten ist in der Sommerzeit eine falsche Sparmaßnahme, die wir bisweilen schweren Schädigungen unserer Gesundheit hüten müssen.

Oben stand die Tonne auf ihrem altgewohnten Platz auf der Kellertür und den chinesische Schankkellner verkaufte einem angetrunkenen Matrosen schlechten Fusel.

Fünfzehn Minuten später.

„Jetzt geh!“ sagte Sing-Fu zu Fu-Wang. „Und acht Tage gehst Du nicht auf die Straße. Bis jetzt hast Du Deine Sache gut gemacht.“

Und er war im Begriff, die Tür aufzulösen und seinen Landmann hinauszuweisen, als gedämpft, aber deutlich neue Rufe der Zeitungsjungen von der Straße aus an sein Ohr klangen. Denn merkwürdigerweise sind die modernen Chinesen Amerikas tüchtige Zeitungsläser, und die Blätter werden in ihrem Viertel ebenso prompt ausgerufen als in anderen Teilen der Stadt.

„Neueste Entwicklung der Goodwin-Goldminen-Affäre“, drang es an die Ohren der Lauschenden. „Did Goodwin gegen eine Kaution von einer halben Million Dollars aus der Haft entlassen!“

Die beiden saßen sich einen Moment sprachlos an. Und dann stieß Sing-Fu einen gräßlichen chinesischen Fluch aus. Jeder weiße Verbrecher macht gewöhnlich einen kleinen Fehler, der ihm zum Verhängnis wird. Sing-Fu hatte immer gelächelt über diese weißen Stümper. Und nun hatte er sich selbst verrechnet.

Kaution! Daran hatte er nicht gedacht!

„Geh auf die Straße; sieh, was Du erfahren kannst, und komme sofort zurück.“

Und er stieß Fu-Wang förmlich zum Keller hinaus.

Siebentes Kapitel.

Dies Freunde hatten es schnell genug durchgesehen. Und schließlich, wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter. Wenn die Geschädigten selbst für Kaution plädierten, so mußte der Kadi wohl oder übel nachgeben. Und so befand sich Did nur wenige Stunden nach seinem Arrest schon wieder in Freiheit. Die halbe Million Kaution hatten, wie schon gesagt, Dids Freunde gestellt.

Und nun erwarteten sie ihn in der Aneipe gegenüber dem Gefängnis, wohin die Deputation ihn im Triumph

führte. Die Begrüßung war recht amerikanisch; stumm und ruhig drückte man sich die Hände und trank vor allen Dingen einen Whisky. Dann aber nahm Did das Wort.

„Meine Freunde, ich danke Euch! Nicht nur dafür, daß Ihr mich freigesetzt, sondern vor allen Dingen für die Zeichen Eures Vertrauens.“

„Wir kennen Did Goodwin!“ sagte jemand. „Und Ihr kennt ihn, wie er ist. Wons. Kommt Ihr alle mit nach Denver zur Besichtigung der Mine, oder erneuert Ihr eine Deputation?“

Er blickte im Kreis um sich. Eine kleine Pause entstand, dann meinte einer der Männer:

„Welchen Sinn hätte es, nach Denver zu fahren. Es wäre Zeit- und Geldverschwendung. Natürlich ist die Mine nicht gefahren, aber wenn sie es wäre, würden wir auch nichts davon verstehen. Habe ich recht, Boys?“

„Ja! Ganz recht!“ ertönte es im Chorus.

„Also! Darf ich einen Vorschlag machen?“

„Ja!“

„Dann schlage ich vor: Wir telegraphierten an zehn Experten in Denver. Adressen kennen wir ja genug. Sind von den zehn werden sicherlich zu Hause sein. Die sollen sich sofort zur Mine begeben, und, unabhängig einer von anderen, über das berichten, was sie vorfinden. Auf diese Weise haben wir dann schon morgen die Bestätigung in Händen, daß es dem Staatsanwalt und dem Untersuchungsrichter nur auf ein politisches Manöver ankam. Das kann Did nur recht sein! Was, Did?“

„Das sollte ich meinen!“

„Was sagt Ihr zu meinem Plan, Boys?“

„Großartig! Tun wir es!“

Die Männer zogen sich in ein Hinterzimmer zurück. Jeder kannte einen anderen Experten, mit dem er früher oder später einmal zu tun gehabt hatte, und bald waren die zehn Namen zusammen und an alle ein gleichlautendes Telegramm mit vollen Instruktionen abgegangen.

Dann wurden die Gläser wieder gefüllt.

„Der Staatsanwalt ist ein Schuft!“

„Der Untersuchungsrichter nicht minder!“

(Fortf. folgt.)

Heiße und trockene Sommer. Von heißen und trockenen Sommern haben uns die Chroniken zu melden, die die Jahre 1473 und bald nach diesem, 1477, heiße und trockene Sommer aufwiesen, daß man bei Mainz Rhein und in Ungarn die Donau durchwatzen konnte. Im Jahre 1500 war so heißes und trockenes Wetter, daß vom 1. Juni bis zum 2. Adventssonntag kein Tropfen Regen fiel. In den Jahren 1717 und 1720 waren in Mitteleuropa die Hitzegrade von 35 bis 40 Grad Celsius zu verzeichnen, und im Jahre 1786 war es so heiß und trocken, daß die Ernte des Kornes überall drei bis vier Wochen früher als zum frühesten Termin in anderen Jahren erfolgte. War es so heiß, daß die Wiesen förmlich ausbrannten, so Mangel an Viehfutter eintrat. Sehr trocken war auch das Jahr 1893, wo im ganzen Frühling und Vorfrühling Regen fiel. In der Erinnerung der meisten Leser werden schließlich noch die Jahre 1911 und 1914, die Hitzegrade zu 35 Grad brachten und einen feurigen Wein reiften.

Lage und Klage der Gemeinden.

Die unheimlichen Wohlfahrtslasten. — Die Hilfe des Reiches. — Auf nach Arbeitsbeschaffung und Finanzreform.

Manheim, 11. Juli.
Im Gobelins-Saal des Schlosses veranstaltete der Deutsche Städtebund eine Pressebesprechung. Oberbürgermeister Dr. Heinrich Mannheim begrüßte in seiner Eigenschaft als Mitglied des Engeren Vorstandes des Deutschen Städtebundes die erschienenen. Als Vertreter des Deutschen Städtebundes legte Beigeordneter Dr. Benedikt Berlin darauf die Situation der deutschen Städte dar. Die Wirtschaftskrise verändere die Gemeinden besonders schwer, weil diese nach der geltenden Verteilung der Ausgaben unter Reich, Länder und Gemeinden überall da verwaltend und helfend einprägen müßten, wo Reich und Länder nach den Gesetzen nicht verpflichtet sind zu helfen. Für das Rechnungsjahr 1931 sei die abschließende Statistik vor. In diesem Jahre ver-

der Steuerbedarf der Gemeinden
Gemeindeverbände von insgesamt 7 Milliarden Mark 46 v. H. auf das Wohlfahrtswesen, 17,5 v. H. auf das Gesundheitswesen, 10,2 v. H. auf den Straßenbau, 4,7 v. H. auf den Wohnungsbau, 2,6 v. H. auf die übrigen Ausgaben und auf die gesamte Verwaltung. Allein das Wohlfahrtswesen verbrauchte 1931 46 v. H. des Finanzkrafts der Gemeinden. Heute dürfte diese Summe auf mehr als 50 v. H. angewachsen sein. Die Zahl der Wohlfahrtsleistungen, welche ausschließlich die Gemeinden belasten, schwoll in den Jahren mit unheimlicher Regelmäßigkeit an. Ende Mai waren in der Versicherung nur noch 23 v. H. aller Arbeitslosen, während 44 Prozent von der Gemeindefürsorge betreut wurden. 33 Prozent von der Krankenfürsorge betreut wurden. Die niedrige Zahl dabei die Unterstützungsfälle; erhält ein unversicherter Arbeitsloser gegenwärtig in den Gemeinden durchschnittlich eine Mark täglich! Während die Erwerbslosenlasten der Gemeinden von 1920 bis zur Gegenwart um 1,25 Milliarden Mark stiegen, wuchs die Steuereinnahmen um rund 1,3 Milliarden Mark, so daß sich der kommunale Finanzstatus in etwas mehr als drei Jahren um nicht weniger als 2,5 Milliarden verschlechterte! Machten noch 1929 die Reichsüberwachungsbehörden fast das Sechsfache der Kosten der kommunalen Erwerbslosenfürsorge aus, so betrugen sie 1931-32 kaum mehr als 70 v. H. Unter dieser untragbaren doppelten Belastung steigender Wohlfahrtslasten und sinkender Einnahmen mußten die Gemeinden in den letzten Jahren ar-

Die Kommunen haben die Erschütterung ihrer Haushalte durch einschneidenden Aufgabenabbau und

schwerste Einschränkungen
allen Gebieten, von denen nichts verschont blieb, vorzunehmen versucht. In zwei Jahren wurde durch eigene Maßnahmen der Gemeinden der Finanzbedarf (ohne Wohlfahrtslasten) um nicht weniger als 35 Prozent gekürzt. Trotz dieser Einschränkungen und Abbaues schloß das Haushaltsjahr 1931 mit einem Fehlbetrag von etwa 350 Millionen Mark und mußte zu Beginn des Haushaltsjahres 1932 der Fehlbetrag dieses Jahres mit mindestens 750 Millionen Mark gekürzt werden, da die Wohlfahrtslasten weiter stiegen und die Einnahmen weiter sanken. Schon die Regierungsbildung hatte in den letzten Tagen ihrer Amtstätigkeit

eine erhebliche Reichshilfe

die Gemeinden und eine Reform der Arbeitslosenhilfe in Angriff genommen und eine entsprechende Notverordnung erlassen. Nach einem kurzen Zwischenstadium, das durch den Regierungswechsel geboten war, setzte die Regierung von Anfang an das Hilfswerk fort. Durch die Erhöhung der Reichshilfe von 230 Millionen Mark im Jahre 1931 auf 672 Millionen Mark wurde das voraussichtliche Defizit der Gemeinden und Gemeindeverbände von 750 auf 308 Millionen Mark gesenkt, durch neue Belastungen allerdings wieder auf rund 350 Millionen Mark erhöht. Die einschneidenden Kürzungen der Arbeitslosen- und Sozialrenten wogen viele Tausende, die öffentliche Wohlfahrt in Anspruch nahmen. Die Gemeinden schämen diese Neubelastung auf mindestens 30 Millionen Mark für 1932. Außerdem ist der Ausgangspunkt der Reichshilfe nicht richtig: Die Reichsregierung schätzte im Durchschnitt des Rechnungsjahres 1932 2,15 Millionen Erwerbslose in der kommunalen Fürsorge, während der Monat Mai schon mit 2,2 Millionen überschätzt und die Zahl erfahrungsgemäß in feiler Kurve ansteigt. Außerdem wird es nicht möglich sein, mit dem von der Reichsregierung angenommenen Unterstützungssatz von 60 Mark für die unterstützte Partei auszukommen.

Regierung und Öffentlichkeit müssen sich also darüber klar sein, daß die verzweifelte Finanzlage der Gemeinden, die spätestens am Ende des Herbstes offenbar werden wird, nur neuen und entscheidenden Maßnahmen zwingt.

Deshalb hat auch die Reichsregierung ausdrücklich die Möglichkeit gelassen, im Laufe des Etatsjahres die Reichshilfe zu erhöhen, wenn die Verhältnisse das erfordern. Staatsrechtlich bedeutend ist die unmittelbare Beteiligung des Reichs und zwar aufgrund eines das ganze Reich umfassenden Verteilungsschlüssels, die Aufstellung von bestimmten Richtlinien für Haushalte, Rassen- und Rechnungswesen der Gemeinden. Alle kleinen Fortschritte werden jedoch nicht darüber täuschen, daß das Entschieden noch ungetan ist. Die Behebung der Wirtschaftskrise durch Arbeitsbeschaffung aller Art bleibe die allgemeine Forderung. Die Gemeinden verlangten außerdem sofortige Reform der Arbeitslosenhilfe durch gemeinsame Finanzierung der Arbeitslosenlasten und durch bessere Organi-

sation der Verwaltung. Das große Problem der Gemeindefinanzreform sei noch nicht gelöst. Das geltende Gemeindesteuersystem sei unzulänglich und unelastisch. Es fehle ein Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, welcher den Gemeinden ein größeres Stück finanzieller Selbstverwaltung überträgt. Alle Maßnahmen müßten getragen werden von der sicheren Ueberzeugung und dem festen Willen, daß Reich, Länder und Gemeinden nur gemeinsam und solidarisch handeln können.

Allerlei Wissenswertes.

Vor dem Krieg zählte Ungarn 20 Millionen Einwohner und nahm die 7. Stelle in der Reihe der europäischen Staaten ein; nach dem Friedensschluß verlor es 58,3 Prozent seiner Bevölkerung und kam mit seinen 8 Millionen Seelen an die 12. Stelle vor Belgien.

In Deutschland kommen auf eine Sprechstelle 700 Orts- und 90 Ferngespräche; in weniger entwickelten Ländern ist die Zahl der Gespräche, die auf einen Fernsprecher kommen bedeutend größer; Polen z. B. hat 3800 Gespräche auf jeder Fernsprechstelle, Bulgarien 3270, Jugoslawien 2020.

In den Bahnhöfen Indiens gibt es drei Warterräume; einen für Europäer, einen für die Hindus und einen für die Mohammedaner.

Die Gobelins sind benannt nach der Familie Gobelins, die zuerst im Besitz solcher Wandteppiche war und deren Besitz von Heinrich IV. übernommen wurde.

Aus der Umgegend

Lehrer erschleicht einen Angler.

Limburg. Vor dem Schwurgericht Limburg ging ein zweitägiger Prozeß zu Ende, in dem sich der 34-jährige Lehrer Albert Schuster, zuletzt in Köln-Flitard, geboren in Freindiez, wegen Totschlags und Vergehens gegen das Schußwaffengesetz zu verantworten hatte. Schuster hatte am 5. Januar d. Js. in einem Streit an der Dieger Lahnschleufe den Zimmermann Ferdinand Thorn aus Diez durch drei Schüsse getötet. Als Mitglied eines Fischereivereins wollte er Thorn auf seine Berechtigung zur Ausübung der Fischerei prüfen. Dabei war der Streit entstanden, der ein so schlimmes Ende nahm. Vor Gericht schützte Schuster Notwehr vor. Die eingehende Beweisaufnahme (55 Zeugen, 5 Sachverständige usw.) ergab aber, daß Schuster nicht in Notwehr, wohl aber im Anglistoff gehandelt hat. Das Gericht erkannte wegen Totschlags und Vergehens gegen das Schußwaffengesetz auf vier Jahre und eine Woche Gefängnis.

Historische Kommission für Hessen und Waldeck.

Marburg. Zu der 35. Jahresversammlung der Historischen Kommission für Hessen und Waldeck hatten sich 44 Mitglieder eingefunden, die von Versammlungsleiter Professor Dr. Stengel begrüßt wurden. Staatsarchivar i. R. Geheimrat Professor Dr. Rüdiger sprach sodann über die „Anfänge der Landesgesetzgebung in Hessen“, wobei er an dem hessischen Beispiel zeigte, wie im Territorialstaat des späteren Mittelalters sich die Landesgesetzgebung aus verschiedenen Wurzeln entwickelte, und wie sie zwischen den einander entgegenstrebenden Tendenzen gleichmäßiges Recht für das Territorium in seiner Gesamtheit zu schaffen ihren Weg suchte. Sodann wurden geschäftliche Punkte erledigt. Als Patron ist der Kommission Professor Dr. Duden-Frankfurt beigetreten. Dem Waldeckischen Zweverband wurde die Stelle im Vorstand übertragen, die früher der Waldeckischen Staatsregierung vorbehalten war. Nach der Wahl einer Reihe neuer Mitglieder berichtete der Vorstand über die wissenschaftlichen Unternehmungen.

Eschwege. (Der rote Hahn.) Aus dem Gehöft des Landwirts Heinrich Wilhelm Gleim in Niederdingebach brannten die Scheune und Stallungen mit großen Heuvorräten und landwirtschaftlichen Maschinen nieder. Auch der Dachstuhl des Wohnhauses wurde teilweise zerstört. Der Schaden ist erheblich.

Darmstadt. Vergehen gegen das Depotgesetz. Der Bantbeamte Georg Köhler, der zurzeit in Berlin bei der Reichsbank beschäftigt ist, mußte sich vor dem Bezirkshofgericht verantworten wegen Vergehens gegen das Depotgesetz. Er war früher in Darmstadt bei der Danabank und dann in Bensheim als Leiter bei der Danabank-Filiale beschäftigt, die er im Jahre 1925 als eigenes Geschäft übernahm. Im Jahre 1929 erlebte er den Zusammenbruch seines Geschäftes, der in der Hauptsache verursacht war durch Gewährung von Krediten an kreditunwürdige Kunden. Als Bankier hatte er infolgedessen gegen das Depotgesetz verstoßen, als er mit den von vier unbenannten Vertrauten Wertpapiere nicht ordnungsgemäß verfuhr, so daß diesen Kunden durch den Zusammenbruch Nachteil erwuchs. In einem weiteren Fall war er beschuldigt, 1000 Dollarnoten, die ihm zum Umtausch übergeben waren, zum Nachteil des Auftraggebers weiter veräußert zu haben. Dem Angeklagten konnte vor Gericht ein vorläufiges Handeln, das nach dem Depotgesetz verlangt wird, nicht nachgewiesen werden, auch bei dem Dollargefährd konnte ein strafbares Handeln nicht festgestellt werden, so daß der Angeklagte freigesprochen werden mußte. Der Angeklagte hat grob fahrlässig gehandelt, aber Fahrlässigkeit ist im Depotgesetz nicht unter Strafe gestellt.

Darmstadt. (Jugendliche Ausreißer.) Zwei Jugendliche, von denen einer in Fürsorgeerziehung untergebracht werden sollte, hatten sich aus der elterlichen Wohnung entfernt. Sie wurden in Bad Nauheim aufgegriffen und vom Jugendamt wieder nach Darmstadt transportiert.

Groß-Berau. (Verbotene Ortsdurchfahrt.) Die hiesigen Nationalsozialisten, die an dem SM-Aufmarsch in Offenbach teilnahmen, hatten geplant, auf der Fahrt nach Offenbach durch Mörfelden zu fahren. Das Kreisamt hat den Nationalsozialisten die Durchfahrt durch Mörfelden wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung untersagt.

Offenbach a. M. (Fuhrmann, du sollst nicht schlafen.) Ein auswärtiger Händler fuhr mit seinem Fuhrwerk in der Dieffenbacherstraße und benutzte die Gelegenheit, um ein Schläfchen zu machen. Als er daheim anlangte, mußte er feststellen, daß ihm während des Schlafes zwei Pakete vom Fuhrwerk gestohlen wurden.

Sprendlingen. (Bermüht.) Seit einigen Tagen wird der Händler Karl Franz Müller von hier vermißt. Der Mann war seit längerer Zeit krank, so daß man annimmt, daß er sich ein Leid angetan hat.

Frankfurt a. M. (Mittel auf die Fahrräder.) Fahrraddiebstähle sind an der Tagesordnung. Vielfach leisten die Besitzer den Dieben dadurch Vorschub, daß sie die Räder ungegessert auf der Straße abstellen, und so den zum Teil gewerbsmäßigen Fahrraddieben die Arbeit erleichtern. Ein Geschäftsmann, der am Mainkai sein Fahrrad abstellte, sah gerade noch, wie ein Dieb mit dem Rad davonfuhr. Mit Hilfe eines Polizeibeamten konnte der Dieb eingeholt und festgenommen werden. Es handelt sich um den 28-jährigen Arbeiter Karl Mandler, der dem Amtsgericht vorgeführt wurde.

Frankfurt a. M. (Ein verwagener Hotel-diebstahl.) Eine polnische Staatsangehörige aus Frankfurt wurde in Salzfuden durch einen versierten Hoteldieb um ein kleines Vermögen geschädigt. Dieser drang in einem unbewachten Augenblick in ihr Zimmer und stahl eine Brieftasche, in der sich u. a. ein Reisepasse über 5000 Dollar, zahlreiche Dollarnoten und eine Tula-Uhrenbanduhr befanden.

Frankfurt a. M. (Lagerbrand in Sachsenhausen.) Aus bisher noch nicht bekannter Ursache entstand in der Lagerhalle des Baudekorationsgeschäfts H. Fied im Stadtteil Sachsenhausen ein Feuer, das an dem ziemlich morischen Holz der Halle und den in der Halle untergebrachten Farben die beste Nahrung fand und sich blühend ausbreitete. Der Feuerwehr, die sofort zur Stelle war, gelang es nach ungefähr einer halben Stunde den Brand zu löschen.

Frankfurt a. M. (Vom Auto überfahren.) Auf der Mainzer Landstraße, wohl der gefährlichsten Straße Frankfurts, wurde wiederum vor dem Hause 315 ein Dienstmädchen von einem Personentransportwagen überfahren und schwer verletzt.

Limburg. (Fußballspieler vor Gericht.) Während eines Fußball-Verbandskampfes zwischen den Fußballvereinen Freindiez und Hadamar kam es im Februar zu schweren Zusammenstößen. Als Hadamar das Spiel knapp gewann, gingen die Zuschauer und Spieler von Freindiez gegen die Hadamarer Mannschaft vor. Mit abgerissenen Jaumatten wurde auf die Spieler eingeschlagen und ihnen schwere Verwundungen beigebracht. Wegen Landfriedensbruch hatten sich vor dem Schöffengericht nun sieben Freindiezer zu verantworten. Einer erhielt zwei Monate Gefängnis, zwei weitere erhielten Geldstrafen, während drei freigesprochen wurden.

Krissel (Taunus). (Tierschau des Pferdezuchtvereins Maingau.) Die Tierschau des Pferdezuchtvereins Maingau, die mit einem großen Schaureiten mehrerer Reitervereine aus dem Main-Taunuskreis verbunden war, nahm hier einen glänzenden Verlauf. Außer einem zahlreichen Publikum waren Vertreter der Wiesbadener Regierung sowie sonstiger Behörden und mehrere landwirtschaftliche Vereinigungen anwesend. Der Vorsitzende des Vereins, Landwirt Christian Unterliedebach, konnte an zahlreiche Aussteller für ihre prämierten Tiere wertvolle Preise verteilen. Die interessanten Schaureiten lösten lebhaften Beifall bei den Besuchern aus.

Heinstadt i. O. (Der Einbrecher jagt.) Diebe drangen bei einem Diamantschleifer ein, wurden aber bemerkt. Der Wohnungsinhaber sprang durch das Fenster dem fliehenden Einbrecher nach, worauf der Dieb zwei Schüsse auf seinen Verfolger abgab. Er entkam mit einem Komplizen auf Fahrrädern.

Wibbel. (Ein 7,5 Zentimeter Artilleriegeschoss gefunden.) Schulkinder machten an der Elbbach bei Harheim den Fund eines 7,5 Zentimeter Artilleriegeschosses. Der gefährliche Fund wurde durch ein Sprengkommando aus Buchbach unschädlich gemacht. Wahrscheinlich wurde das Artilleriegeschoss beim Rückmarsch der Truppen 1918 in das Wasser geworfen.

Worms. (Der nasse Tod.) Der 18-jährige Schneidergeselle Theodor Dreher badete dieser Tage bei der Eisenbahnbrücke. Man fand dort auch seine Kleider. Es wird angenommen, daß D. beim Baden ertrunken ist.

Biblis. (Leichenfindung.) Aus dem Rheine wurde hier die Leiche eines 60 Jahre alten Mannes, der wie ermittelt wurde aus Speyer in der Rheinspalz stammt, gefunden. Man konnte noch nicht feststellen, ob ein Unglücksfall oder Selbstmord die Ursache seines Todes gewesen ist.

Heidesheim. (Bürgermeister-Wiedewahl.) Der im 44. Lebensjahr stehende Bürgermeister Heinstadt wurde in geheimer Abstimmung des Stadtrates mit 14 von 15 Stimmen auf die Dauer von neun Jahren wiedergewählt.

Bad Nauheim. (Zuchthaus für einen Fahrraddieb.) Ein Schuhmacher aus Ober-Mörlen, der wegen Diebstahl im Rückfall schon mehrfach vorbestraft war, hat ein Fahrrad gestohlen und wurde dafür zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

Edorado pensionierter Bürgermeister.

Bonn. Der frühere Berliner Oberbürgermeister Böß verlegte seinen Wohnsitz nach Bad Godesberg, wo sich inzwischen fünfzig (!) ehemalige Bürgermeister und Oberbürgermeister niedergelassen haben.

Weitere Steuererhöhungen im Saargebiet?

Saarbrücken. Trotz der erst vor einigen Tagen erfolgten Erhöhung der indirekten Steuern, die die Saarregierung in der vergangenen Woche, entgegen dem einmütigen Willen des Landesrates im Verordnungswege vorgenommen hat, sind dem Landesrat wiederum einige Gesetzentwürfe zur Erhöhung der indirekten und direkten Steuern im Saargebiet vorgelegt worden. Es handelt sich um die Erhöhung der direkten Steuern, der Vermögenssteuer, der Erbschaftsteuer, der Umsatzsteuer, die auch auf die freien Berufe ausgedehnt werden soll, sowie um eine Erhöhung der Steuer für Salz und Zucker. Es besteht kein Zweifel, daß ebenso wie die letzte Steuervorlage auch diese neuen Steuergesetze im Landesrat auf schärfsten Widerstand stoßen werden.

Udernach. (Zwei Morgen Getreidefeld verwüstet.) Ein niederträchtiger Nachakt ist an einem hiesigen Landwirt verübt worden. Ein in schönster Frucht stehendes, zwei Morgen großes Weizenfeld wurde vollständig verwüstet. Die unreife Frucht liegt zertrümmert und zertreten am Boden. Man führt die gemeine Tat auf politische Motive zurück.

Neues aus aller Welt.

Fünftes Todesopfer der Dampfessel-Explosion. Die Dampfessel-Explosion auf dem Berliner Ausflugsdampfer hat ein fünftes Todesopfer gefordert. Eine der Schwerverletzten, Fräulein Erka Leu, ist in der Nacht im Krankenhaus gestorben.

Brudermord im Westerwald. In Rimbach gerieten die beiden Söhne der Witwe Schumacher im Alter von 28 und 38 Jahren miteinander in Streit. Plötzlich rannte der jüngere Bruder davon und erschien kurz darnach wieder mit einem Revolver in der Hand. Bevor der ältere Bruder ausweichen konnte, schoß sein Gegner ihn nieder. Als der Bruder sah, was er im Zorn anrichtet hatte, floh er aus dem Haus und brachte sich selbst einen Schuß bei, an welchem er kurz darauf starb.

Tödlicher Unglücksfall beim Motorradrennen. Bei dem Motorradrennen auf dem Sachsenring im Grillenburger Wald ereignete sich beim Rennen der Motorräder mit Seitenwagen ein tödlicher Unglücksfall. Der Beifahrer Siemens des Rennfahrers Elsmann wurde in der Kurve herausgeschleudert und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er an den Folgen starb.

Mord an einer 14-Jährigen. In Suderwich bei Reddinghausen wurde im Hause ihrer Schwester die 14-jährige Franziska Thomassen ermordet aufgefunden. Als der Tat dringlich verdächtig wurde ein im gleichen Hause wohnender 64-jähriger Mann in angetrunkenem Zustande auf dem Friedhof verhaftet.

Fünf Frauen erdroffelt. In Bettau an der süd-slawisch-österreichischen Grenze wurden im Laufe von wenigen Tagen fünf Frauen erdroffelt. Die Frauen wurden in einem Felsen in der Nähe der Stadt überfallen, auf das grausamste mißhandelt, und schließlich erwürgt. Ein Karles Genbarmerieaufgebot durchstreifte die Gegend, um den etwa 35-jährigen Lustmörder zu fassen.

Verhängnisvolles Spiel mit dem Revolver. In Abwesenheit der Eltern zeigte der 16-jährige Zahntechnikerlehrling Lehr in der elterlichen Wohnung in Dortmund seinem Freund einen Trommelrevolver, den er sich erst vor einigen Tagen angeschafft hatte. Im Scherz richtete er die Waffe auf seinen Freund. Im selben Augenblick trachte auch schon ein Schuß, durch den dieser schwer verletzt wurde. Als der unglückliche Schütze sah, was er anrichtet hatte, lief er auf die Toilette und tötete sich durch einen Schuß.

Die Schwester wegen Erbstreitigkeiten erschossen. Der in Stoschdorf in Vogtland auf Besuch weilende P. Rupprecht erschoss seine ebenfalls besuchsweise anwesende Schwester. Nach der Tat verübte Rupprecht Selbstmord. Die Ursache ist in Erbstreitigkeiten zu suchen. Zwischen Rupprecht und seiner Schwester hat vor Ausübung der Tat ein furchtbarer Kampf stattgefunden.

Die Heimat wiedersehen und sterben. Vor 50 Jahren war der spätere Großfarmer B. Zepf aus Watterdingen im Hegau (Baden) über das große Wasser ausgewandert. Nach Überwindung vieler Schwierigkeiten und durch Fleiß und Glück brachte er es in Amerika zu Wohlstand. Jetzt wollte er wieder die Heimat sehen, die er als 18-jähriger verlassen hatte. Im Hegau angekommen, befiel ihn eine Herzschwäche, der er schon bei der Ueberrfahrt ausgelegt war, und führte seinen Tod herbei.

20 Tote bei dem Eisenbahnunglück in der Türkei. Bei dem Eisenbahnunglück an der Angora-Linie wurden nach den letzten Feststellungen 20 Personen getötet und 16 schwer verwundet. Mehrere Waagen schoben sich völlig ineinander.

Das Hochwasser in Südbayern.

Erdrutsch richtet große Verwüstungen an.

München, 11. Juli.

Die heftigen Regengüsse der letzten Tage haben in verschiedenen Gegenden in Südbayern weiter schwere Schäden angerichtet. In der Gegend von Rosenheim hat sich wieder eine schwere Wetterkatastrophe ereignet.

In einer Länge von mehr als fünf Kilometern setzten sich in der Mitternacht nach gewaltigen Regengüssen die 5 Meter hohen Dämme der Innleite bei Leonhardspitze in Bewegung. Tausende von Kubikmetern Erdschutt stürzten in die Tiefe, Bäume und Strauchwerk mit sich reichend. Besonders schlimm sind die Verheerungen, die der Erdrutsch in der Umgebung des Ortes Innleite, das von Geröllmassen und herabstürzenden Bäumen schwer beschädigt wurde, angerichtet hat.

Auch ein wertvolles Fischzeug mit großen Mengen Fisch wurde vernichtet und ein Schloßgut vom Wasser eingeschlossen. Die Gemeinde Stafenkirchen schätzt ihren Schaden allein auf 100 000 Mark.

Handel und Wirtschaft.

(Ohne Gewähr.)

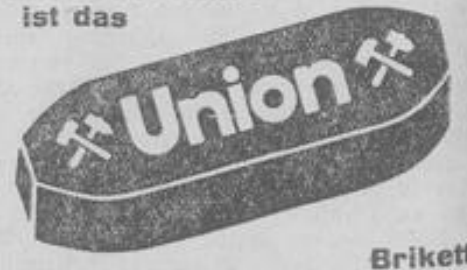
Frankfurter Schlachtviehmarkt vom 11. Juli: Auftrieb: 1343 Rinder, davon Ochsen 293, Bullen 137, Kühe 477, Färsen 389, ferner 499 Kälber, 43 Schafe, 3558 Schweine, davon Litauer 320, vor Marktbeginn ausgeführt 351. Preise pro 50 Kilogramm Lebendgewicht in Reichsmark: Ochsen 32 bis 35, 28 bis 31, 25 bis 27; Bullen 28 bis 31, 23 bis 27; Kühe 24 bis 28, 19 bis 23, 15 bis 18; Färsen 33 bis 36, 28 bis 32, 24 bis 27; Kälber —, 35 bis 37, 30 bis 34, 24 bis 29; Schafe nicht notiert; Schweine —, 44 bis 46, 43 bis 46, 41 bis 45, 35 bis 42. — **Marktoverlauf:** Rinder ruhig, geringer Ueberstand; Kälber schleppend, geräumt; Schafe schleppend, geräumt; Schweine ruhig, ausverkauft.

Frankfurter Produktenbörse vom 11. Juli: An der heutigen Produktenbörse notierten bei ruhiger Tendenz: Weizen, inl. 25; Roggen, inl. 22; Sommergerste nicht notiert; Hafer, inl. 17.25 bis 18.25; Weizenmehl, fädd. 38.75 bis 39.65; dto. niederrhein. 38.75 bis 39.40; Roggenmehl 28.75 bis 29.25; Weizenkleie, fein 9.15; Roggenkleie 9.25 Mark.

Mannheimer Produktenbörse vom 11. Juli: An der hiesigen Produktenbörse notierten bei stetiger Tendenz: Weizen, inl. (75—76 Kilo) 26 bis 26.50; Roggen, inl. 21.50 bis 21.75; Hafer, inl. 17 bis 19; Sommergerste 20 bis 20.25; Futtergerste 18 bis 18.50; Platamais 18.25 bis 18.50; Sonaschrot 10.50; Biertreber, inl. 10.25 bis 10.50; dto. ausl. 10 bis 10.25; Trodenstängel 9.25 bis 9.50; Weizenmehl, fädd., Juli-August 39.40, dto. 16. September—Oktober 34.55; Roggenmehl 27.75 bis 28.75; Weizenkleie, fein 9 bis 9.75; Erbsenmehl 12 bis 12.25 Mark.

Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 11. Juli: Dem heutigen Großviehmarkt waren zugeführt: 132 Ochsen, 195 Bullen, 225 Kühe, 303 Färsen, 591 Kälber, 24 Schafe, 2450 Schweine, 5 Ziegen. Bezahlt wurden pro 50 Kilogramm Lebendgewicht in Reichsmark: Ochsen 33 bis 35, 26 bis 28, 27 bis 29; Bullen 25 bis 28, 22 bis 24, 18 bis 21; Kühe 25 bis 27, 21 bis 23, 14 bis 16, 12 bis 14; Färsen 34 bis 36, 29 bis 31, 25 bis 29; Kälber —, 38 bis 42, 32 bis 37, 27 bis 31, 21 bis 27; Schafe —, —, 22 bis 30; Schweine —, 44 bis 46, 43 bis 44, 42 bis 44, 38 bis 40; Ziegen 10 bis 15. — **Marktoverlauf:** Großvieh ruhig, kleiner Ueberstand; Kälber mittel, geräumt; Schweine mittel, geräumt.

Nach wie vor führend ist das



Rundfunk-Programme.

Frankfurt a. M. und Kassel (Südwestfunk).

Jeden Werktag wiederkehrende Programmnummern: Wettermeldung, anschließend Gymnastik 1; 6.30 Gymnastik 2; 7 Wetterbericht, anschließend Frühkonzert; 8 Wettermeldung; 11.50 Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen; 12.50 Nachrichten; 13 Konzert; 14 Nachrichten; 15.10 Wetterbericht; 15.10, 16.55, 18.15, 19.15 Wetter, Wirtschaftsmeldungen; 17 Konzert; 22.20 Zeitangabe, Nachrichten.

Freitag, 12. Juli: 15.20 Hausfrauen-Rundschau; 18.25 Zeitgebundene oder Blutgebundene Kunst; 19.30 Peter im Baumgarten, Erzählung; 19.30 Konzert; Bei uns zu Lande, Funkstad; 21 Ein Tag vor englischem Lichtern, Hörfolge; 21.40 Kammermusik; 22.45 Musik.

Mittwoch, 13. Juli: 15.15 Jugendstunde; 18.30 strukturelle Arbeitslosigkeit im Blickfeld der Volkswirtschaft; 18.55 Nachrichten; 19 Schrammelmusik; 19.30 Konzert; 20 Pelleas und Melisande, Musikdrama; 22 Schachturnen, Schachplattenbericht; 22.20 Zeitbericht; 23 Nachrichten.

Donnerstag, 14. Juli: 15 Jugendstunde; 16 Zeit; Die Staatsverfassung der Völker: Vereinigte Staaten von Nordamerika; 19 Genügt Idealismus zu deutscher Jugend; 19.45 Pech mit Schachplatten; 20.20 Internationale studentische Sängertreffen; 21.20 Symphonische Jugend; 22.45 Musik.

Freitag, 15. Juli: 18.25 Ludwig Fulda, Vortrag; Kannst du Goethe lesen?; 19.30 Bilder vom Rhein; 20 Die Durchgängerin, Lustspiel; 21.30 Konzert; 22.45 Musik.

Samstag, 16. Juli: 15.30 Jugendstunde; 18.30 Fung des Binnenmarktes, Vortrag; 19 Wiener Lieder; 20 Bayerischer Humor; 20 Volksmusik und Wandervogel; 21.30 Barben verboten. Bunter Abend; 22.45 Musik.

Beschluß

Das Konkursverfahren über das Vermögen des wirts Albert Lederbogen in Hochheim am Main nach bestätigtem Zwangsvergleich aufgehoben.

Hochheim am Main, den 4. Juli 1932

Das Amtsgericht

Jakob Raaf
Barbara Raaf
geb. Enders

danken herzlich für die anlässlich ihrer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit und Geschenke. Besonderen Dank dem Gesangsverein Liedertafel und den Jahresklassen 1905 und 1906.

Hochheim am Main, im Juli 1932.

Moritz und Claire Wolff

danken hiermit herzlichst für die anlässlich ihrer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit. Ganz besonderen Dank dem Gesangsverein Liedertafel, dem Salon-Orchester Siegfried und der Spiel-Vereinigung 07.

Hochheim am Main, im Juli 1932.

WAHRE GESCHICHTEN

Die Zeitschrift
der Erlebnisse

Soeben erschien ein neues Heft!

50 Pf. Überall zu haben 50 Pf.

PROBENUMMERN GRATIS
VOM VERLAG

DR. SELLE-EYSLER A.G., BERLIN SW 68

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren Verluste unserer lieben Verstorbenen, Frau

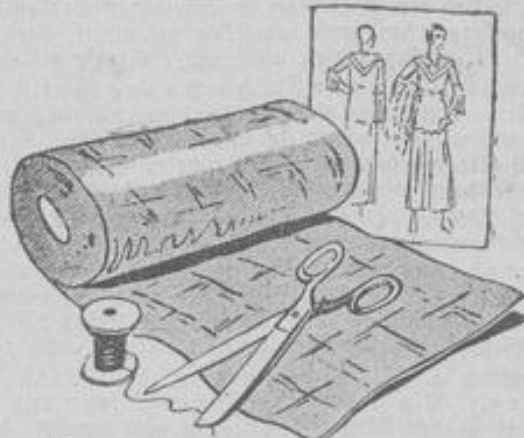
Anna Petry

geb. Treber

sowie für die vielen Kranz- u. Blumenspenden sagen wir allen unseren innigsten Dank. Ganz besonderen Dank den barmherzigen Schwestern des St. Elisabethen-Krankenhauses für ihre liebevolle Pflege, dem Mütterverein, sowie der Jahresklasse 1875.

Familie Martin Petry und Angehörige

Hochheim am Main, den 12. Juli 1932



Sie brauchen ein neues Kleid oder einen neuen Mantel und wissen aber nicht recht, wie und was! Besorgen Sie sich gleich die „Gartenlaube“. Sie bringt jede Woche wertvolle Modetipps, ferner Romane, Novellen, reiche Beiträge aus allen Lebens- und Wissensgebieten, Berufsberatung und Bilderbogen der Zeit. Überall für 40 Pfennig!

Schuhreparaturen billiger

Herrensohlen und Fleck von 3.50 an
Damensohlen und Fleck von 2.50 an
Kindersohlen und Fleck von 1.50 an
Herrenfleck von 1.—
Damenfleck von 0.50

Geklebt oder genagelt. Fußballschuhe durchaus Sohlen und Stollen 5.50. Für gute und saubere Arbeit wird garantiert.

Schuhmacherei Robert Nufbaum
Werlestraße

Schreibmaschinen-Arbeiten

werden exakt und sauber ausgeführt

Flörsheim am Main, Karthäuserstraße 6

2 Zimmer u. Küche

billig zu vermieten. Näheres in der Geschäftsstelle Wälderheimerstraße 25.

Ein frischer Transport hannoverscher Ferkel und

Läuferischwein

ist eingetroffen und steht billig Tagespreisen zum Kauf bei

Max Krug, Hochheim, Tel. 1